



# Witten im **AUF**bruch

Ihre alternative Zeitung von **AUF WITTEN**

Nr. 1/2013

I. Quartal



## DIREKTE DEMOKRATIE?

Von Romeo Frey – Sprecher im Vorstand von *AUF Witten*

Ende 2011 trat in NRW ein neues Gesetz in Kraft, das angeblich die Mitwirkung der Bürger an Entscheidungen ihrer Kommune stärkt. Stolz verkündete Innenminister Jäger (SPD): „Aus Betroffenen werden Beteiligte“. Die Auseinandersetzung um die Stadtbücherei zeigt aber, was real dran ist an solchen Versprechungen. Zu Angelegenheiten des Kulturforums wird kein Bürgerentscheid zugelassen. Denn das Kulturforum ist schon seit 1.1. 2006 gemäß § 114a der von der SPD-Landes-Regierung 1994 erlassenen Gemeindeordnung eine „Anstalt des öffentlichen Rechts“ mit eigener Satzung und Verwaltungsrat.

## RECHTE AUSGEHEBELT

Die Satzung des Kulturforums wurde so gestaltet, dass der Rat keinen Einfluss mehr auf Entscheidungen des Kulturforums hat und so **auch die Möglichkeit eines Bürgerentscheids ausgeschaltet wurde.**

Alleiniges Sagen hat der Verwaltungsrat mit seinen unter Vorsitz der Bürgermeisterin tagenden 15 Mitgliedern aus den Ratsfraktionen.

**Warum eigentlich schritt die Kommunalaufsicht damals nicht gegen diese Entrechtung von Rat und Bürgern ein?** Sondern tritt erst jetzt auf den Plan, nachdem über 12.000 Wittener ihr **Recht auf Bürgerentscheid** einfordern? Offenbar hat der Handlungsrahmen der Kommunalaufsicht nicht die Stärkung der Bürgerrechte als Leitlinie, sondern genau das Gegenteil!

## DOPPELCHARAKTER

Das ist kein Zufall, denn das Instrument des Bürgerentscheids besitzt einen Doppelcharakter.

Einerseits ist es ein **demokratisches Recht**, das **wahrgenommen** und ggf. auch **verteidigt** werden muss. Doch dazu muss es angewandt werden.

Zum anderen ist es, wie wir jetzt erleben, vor allem formelles Instrument zur **Vortäuschung demokratischer Entscheidungen.**



**Einfach so verramschen?**

### Für beides gibt es Beispiele:

**Als Betrugsmanöver** bei der Abstimmung über Stuttgart 21, weil die Bürge mit falschen Zahlen manipuliert wurden, wie sich nun zeigt.

**Als realer Erfolg** aber auch die Abschaffung der Studiengebühren in Bayern.

**In Witten überwog bisher eher die Methode des Betrugs** bzw. wurden **Bürgerbegehren bzw. -entscheide mit formalen haushaltsrechtlichen Einwänden niedergemacht.**

Die Liste ist lang:

● Ende 90 wurde der „*Celestian*“-Bau errichtet trotz rechtskräftigem Bürgerentscheid gegen eine Bebauung des Rathausplatzes.

### Inhalt

- 1/2 Direkte Demokratie
- 3 Umweltgipfel
- 4/5 Zuschriften
- 6/7 Stadtentwicklung
- 8/9 Stadtwerke-Investitionen
- 10 Internationaler Frauentag
- 11 Wasser ist Leben
- 12 Keine Verhandlung mit Erpressern

● 2002 wurde gegen den Willen von 9.000 Unterzeichnern das **Bürgerbegehren zum Erhalt des Stadtbades** abgelehnt, weil ein zulässiger Finanzierungsvorschlag fehle. So zählt nur, was die Verwaltung gerade für machbar ansieht.

● 2003 wurde genau so ein **Bürgerbegehren gegen die Schließung der Adolf-Reichwein-Realschule am Standort Annen** abgeschmettert.

● 2007 sammelte die **Initiative für den Erhalt aller Grundschulen** in einem Bürgerbegehren 13.000 Unterschriften für einen **Bürgerentscheid über die Weiterführung der Grundschule Durchholz** und griff damit auch erfolgreich die Schulpolitik der SPD an.

Mit einer hauchdünnen Mehrheit im Rat wurde den fiskalpolitischen Erwägungen der Stadtspitze gefolgt und ein Bürgerentscheid abgelehnt. Die CDU, damals pro Bürgerinitiative, wollte eine Niederlage der SPD, aber keineswegs eine Änderung der Schulpolitik.

## AUSVERKAUFPOLITIK

Mit der aktuellen Umverteilungspolitik der kommunalen Gelder in Kreis, Land und Bund kann der städtische Haushalt nicht saniert werden. Der Verkauf der Stadtbücherei wäre nur ein weiterer Beitrag zur Finanzierung dieser Umverteilung.

Ein solcher Verkauf ist perspektivlos,

das wird von immer mehr Menschen so gesehen. Daraus erklärt sich meiner Meinung nach auch der große Erfolg der Unterschriftensammlung für das Bürgerbegehren, das von einer breiten Initiative, darunter auch von *AUF Witten*, getragen wurde:

Obwohl 4.861 Unterschriften gereicht hätten, unterschrieben **12.046 Witterner gegen den Verkauf des Büchereigebäudes**.

Erst unter diesem Druck zog die **Bürgermeisterin ihren Antrag zurück**, in der Ratssitzung am 31.1.2011 das **Bürgerbegehren für unzulässig erklären zu lassen**. Die Durchführung eines Bürgerentscheides wurde **dennoch hintertrieben**, zuerst mit der Methode der Bürgerwerkstatt, danach mit der Unzulässigkeitsklärung der Kommunalaufsicht.

## RAT KNICKT EIN

Gegen die Stimmen von Ratsmitglied Achim Czulwick (*AUF Witten*) und des fraktionslosen Hans-Peter Skotarzik knickte der Rat vor der Kommunalaufsicht ein und nahm den eigenen Beschluss für einen Bürgerentscheid wieder zurück.

Lieber werden Verträge mit dem Bürger gebrochen, als mit ihnen zusammen demokratische Rechte gegen die Kommunalaufsicht zu verteidigen.

Schon der Text des abgelehnten Bür-

gerentscheides, nur noch über den Umzug der Bücherei ins Museum abstimmen zu lassen, ist angesichts der bekanntgewordenen Fakten ein schwer zu verstehender Abstrich von der ursprünglichen Forderung durch die Bürgerinitiative.

**Fortlaufend wurden Fakten geschaffen, die den Verkauf des Gebäudes voranbringen.**

Das momentan noch gültige Angebot des einzigen Kaufinteressenten bringt nach Abzug der auf dem Gebäude lastenden Schulden von 350.000 € gerade mal noch 200.000 €. Für ein Grundstück dieser Größenordnung und in Premium-Lage ein Skandal.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

● **Die Politik des kommunalen Ausverkaufs** wird gegen die Interessen der Bevölkerung durchgesetzt.

● **Das Recht auf Bürgerentscheid ist unverzichtbar** und kann nicht mit der Kommunalaufsicht verhandelt werden.

● **Das Kulturforum muss zurück in die volle Zuständigkeit des Rates.**

● **Der Widerstand gegen den Ausverkauf kommunalen Vermögens steht weiterhin auf der Tagesordnung.**

● **Es werden nur so viele Rechte zugestanden, wie sie durch Aktionen außerhalb des Rathauses erkämpft werden**, mit Demonstrationen, Protesten usw.

**Wir in AUF Witten handeln deshalb nach der Devise: Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!**

Dagegen hilft nur Druck von unten: mit Unterschriften und vor allem mit kämpferischen Aktionen



**Der eine wartet,  
dass die Zeit  
sich wandelt.  
Der andere packt  
sie kräftig an  
und handelt.**

Johann Wolfgang von Goethe

# DOHA – ZEUGNIS EINER GESCHEITERTEN UMWELTPOLITIK

von Diana Vöhringer – Mitglied in der Umwelt-AG von AUF Witten

Am Samstag, den 1.12.2012 führten, wie in vielen Städten in Deutschland, verschiedene Organisationen in der Wittener Innenstadt eine Kundgebung durch unter dem Motto „Rettet die Umwelt vor der Profitgier“. Anlass war der UN-Klimagipfel, der in Doha (Saudi Arabien) stattfand, begleitet von weltweiten Protesten der kämpferischen Umweltbewegung, die sich von diesen Klimakonferenzen nichts mehr erwartet.

## OFFENBARUNGSEID

Einziges Ergebnis dieser Konferenz ist eine Verlängerung des völlig unzureichenden Kyoto-Protokolls bis 2020. Schon bisher war die Umsetzung eine einzige Farce. Von 1992 bis 2011 stieg der CO<sub>2</sub>-Ausstoß um 20 Prozent auf mittlerweile 34 Milliarden Tonnen. Allein im Jahr 2012 gab es 19 tropische Wirbelstürme im Nordatlantik aufgrund der gestiegenen Temperatur.

Der Doha-"Kompromiss" sieht eine weitere Aushöhlung des Kyoto-Abkommens vor.

An Kyoto II werden sich nur noch Länder beteiligen, deren CO<sub>2</sub>-Emissionen zusammengenommen 15 Prozent des weltweiten Ausstoßes betragen.

Vollends pervers sind die Vereinbarungen zu sogenannten "Hot Air"-Ländern, die in der ersten Phase der Geltungsdauer des Kyoto-Protokolls Emissionsrechte "gespart" haben, z.B. durch Produktionsrückgang in der



Susanne Richter – pixelio.de

Weltwirtschaftskrise. Diese dürfen ihre Rechte in die neue Periode übertragen und noch über 2020 hinaus verkaufen!

Laut der Zeitung „Die Welt“ habe die "Weltgemeinschaft" in Doha über Klimaschutz verhandelt und habe wenig erreicht. **Nein, es war nicht die "Weltgemeinschaft", die hier einen Offenbarungseid über die Zukunft der Menschheit auf dem Planeten Erde geleistet hat!**

Die überwältigende Mehrheit der Weltbevölkerung saß nicht am Verhandlungstisch in Doha. Dennoch wurden die Gegensätze zwischen den imperialistischen und den abhängigen armen Ländern deutlich.

Eine philippinische Delegation ergriff kurz vor Ende des Gipfels das Wort und berichtete, welche Verwüstung der Taifun "Bopah" zur gleichen Zeit anrichtete:

*"Während wir sprechen, steigt die Zahl der Toten. Es gibt viel Zerstörung. Telefon- und Stromleitungen sind ausgefallen, Hunderte Menschen werden vermisst, Hunderte liegen verschüttet unter Schlamm und Geröll. Wir weigern uns, das zu unserer neuen Lebensweise zu machen".*

## LEBENSGRUNDLAGEN BEDROHT

Nicht die "Weltgemeinschaft", sondern das allein herrschende internationale Finanzkapital kann gar nicht mehr anders, als ohne jede Rücksicht auf Mensch und Natur Raubbau an den natürlichen Ressourcen zu betreiben und die Lebensgrundlagen der Menschheit in Frage zu stellen.

Doha unterstreicht eindringlich: jede Hoffnung, mit diesen Leuten gemeinsam eine globale Umweltkatastrophe verhindern zu können, ist eine Illusion.



Evo Morales, bolivianischer Präsident sagte bereits zum letzten Klimagipfel:

*„Entweder es stirbt der Kapitalismus oder unsere Mutter Erde.“*

## NEUER GEDANKE: UMWELTGEWERKSCHAFT

Es ist nur konsequent, sich jetzt im Kampf gegen die globale Umweltkatastrophe international zusammen zu schließen und in jedem Land Organisationsformen des Zusammenschlusses zu entwickeln, die verbindlich, überparteilich zusammenarbeiten und sich international ausrichten.

Deshalb finde ich den Gedanken unterstützenswert, eine Umweltgewerkschaft zu gründen, in der sich nicht nur Arbeiter organisieren, sondern alle Menschen ihren Platz finden, die unsere Lebensgrundlagen erhalten wollen. (siehe auch [www.Umweltgewerkschaft.com](http://www.Umweltgewerkschaft.com))

Die bisherige Umweltbewegung hat viel geleistet, aber jetzt sind Proteste weltweit gegen die internationalen Verursacher der Umweltkatastrophe erforderlich.

Wir sollten uns nicht an verschiedenen Fronten der Umweltarbeit zersplittern, sondern die Kräfte zusammenschließen, gegen einen gemeinsamen Gegner.

**Wenn der Mensch nicht über das nachdenkt, was in ferner Zukunft liegt, wird er das schon in naher Zukunft bereuen.**

**Konfuzius**

# ZUSCHRIFTEN

(LESERBRIEFE MÜSSEN NICHT DER MEINUNG DER REDAKTION ENTSPRECHEN)



## „TABULOSES SPAREN“?

(aus einem Schreiben vom 07.01.13 an alle Ratsfraktionen und fraktionslose Ratsmitglieder sowie an die örtliche Presse – leicht gekürzt, Hervorhebungen durch Redaktion)

Die Berichterstattungen der Wittener Tageszeitungen über die sich dramatisch entwickelnde Haushaltssituation der Stadt und eine „nicht-öffentliche Liste des tabulosen Sparens“ lassen erahnen, was uns BürgerInnen noch droht. **Danach ist davon auszugehen, dass neben den zu befürchtenden weiteren monetären Daumenschrauben insbesondere die öffentliche Infrastruktur und Dienstleistung hier von immer mehr betroffen sein werden.**

Öffentliches Wehklagen einzelner Politiker zu Zeiten des Vorwahlkampfes ist dabei daher nicht mehr als Populismus. Für die Mitglieder des Rates und der Verwaltung der Stadt dürfte diese Haushaltsentwicklung im Grundsatz nicht neu sein. Bereits seit etlichen Jahren zeichnete sich eine Entwicklung für die Kommunen und damit auch für Witten ab, die den kommunalen Ges-

taltungsrahmen immer mehr einengt und zugleich die Plattform der demokratischen Selbstbestimmung, die Städte und Kommunen, mehr und mehr aushöhlt.

Dass damit auch Infrastruktureinrichtungen und Leistungen vor Ort, in den Stadtteilen dem Rotstift zum Opfer fallen, wie z. B. Schulen (Grundschule, Gesamtschule Hardenstein?), öffentliche Gebäude wie Haus Witten, Bahnhof, Haus Herbede?, Bücherei?, Stadtteilbüchereien, Sportplätze, und Abbau städt. Leistungen, kann eigentlich nicht verwundern.

**Das Ende dieser „Fahnenstange“ dürfte noch nicht erreicht sein, was kommt morgen?** Schließung/Verkauf der öffentlichen Bäder, der Kultureinrichtungen, Einsparungen bei der VHS, Musikschule, Ausdünnung des ÖPNV-Netzes, weitere Instandhaltungseinsparungen bei Straßen, Plätzen, Grünanlagen?

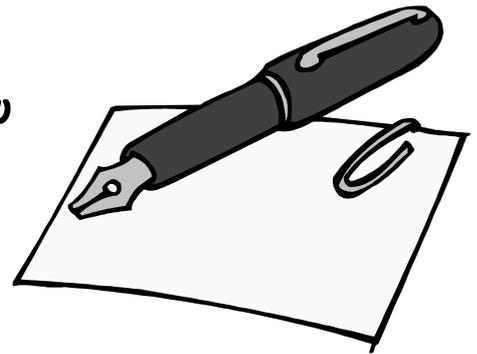
Das, was inzwischen abgebaut wurde und sich weiterhin allmählich abzeichnet, hätte bereits vor Jahren öffentlich diskutiert werden müssen und nicht nach Salamtaktik, mehr oder weniger häppchenweise, den BürgerInnen verabreicht werden dürfen.

**Hier brauchen wir dringend einen anderen Umgang mit uns BürgerInnen, einen anderen Politikstil und endlich eine öffentliche Diskussion des Haushalts inkl. entsprechender Beteiligungsverfahren.**

Weiterhin stellt sich die Frage nach der Einnahmesituation der Stadt. Was haben Rat und Verwaltung unternommen, um z. B. die Einnahmesituation durch Verkauf städt. Liegenschaften zu optimieren, oder konkreter:

Warum erfolgte der Verkauf städt. Liegenschaften, zu mindestens anteilig, ohne öffentliche Ausschreibungen?

**Warum wurden beispielsweise die Verkäufe der Sportplätze Stockum und Heven sowie der Feuerwache Bommern nicht öffentlich ausgeschrieben, sondern in allen Fällen an den gleichen Investor veräußert?**



**Warum wurde der Erwerb eines privaten Grundstücks im Gerberviertel durch den gleichen Investor nicht durch Ausübung des gesetzlichen Vorkaufsrechts oder anderer Maßnahmen unterbunden? Die jetzt vorgenommene öffentliche Ausschreibung der städt. Flächen in diesem Viertel ist vor diesem Hintergrund eine Farce und möglicherweise rechtlich fragwürdig.**

Gerade bei vorgesehenen Einzelhandelsnutzungen wären Einnahmesteigerungen durch Konkurrenzangebote möglich und auch wahrscheinlich gewesen. Dies auch vor dem Hintergrund, dass Einzelhandelsprojekte an sogenannten nicht-integrierten Standorten zunehmend reglementiert, d.h. auch ausgeschlossen werden, hier insbesondere Lebensmittelmärkte. Vermutlich hätten die genannten Standorte bei einer (kompletten) öffentlichen Ausschreibung deutlich höhere Verkaufseinnahmen erzielt, in der Summe möglicherweise im Millionen-Euro Bereich.

**Bürgerinitiative aus Herbede**  
unterzeichnet von 6 Mitgliedern

Photo: Rainer Sturm-pixelio.de



Fortsetzung Zuschriften

## NACHBETRACHTUNG IM STOCKUMER ASBEST-SKANDAL

(Red.) Nachdem unsere Zeitung in den letzten zwei Ausgaben über den unsachgemäßen und gesundheitsgefährdenden Abriss von Asbest-Zementplatten der ehemaligen Wellershoff-Hallen im Rosenthalring in Witten-Stockum berichtet hatte, hat sich einiges getan.

Nicht aber, wie der Leser vermuten könnte, **seitens der städtischen Bauaufsicht oder der übergeordneten Bezirksregierung. Schon gar nicht von der Stadtverwaltung**, die Ratsmitglied Achim Czulwick auf seine beiden Anfragen lediglich mitteilte, dass keine Umwelt-Verstöße vorlägen, weil man bei mehrfachen Kontrollen niemanden auf der Baustelle angetroffen hätte. **Erstaunlicherweise aber trugen die Arbeiter nach der zweiten „ergebnislosen“ Kontrolle bereits Schutzkleidung.**

**Sie können die Artikel bzw. die Zeitungen Witten im AUFbruch Nr. 3/2012 und 4/2012 auch ansehen bzw. runterladen im Download-Bereich von [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de)**

Wir hatten ja bereits dazu aufgerufen, vermehrte Wachsamkeit an den Tag zu legen, da der Abriss der zweiten Halle mit über 2.000 m<sup>2</sup> Asbest-Dach-Fläche

noch bevorstünde.

Dazu erhielten wir folgenden Brief am 24.01.13:

### SCHULDEINGESTÄNDNIS?

Zwischenzeitlich werden die restlichen Hallen seit ca. 2 Wochen abgerissen. Die Arbeiten macht jetzt eine **andere Firma. Die Dächer werden wohl von innen abgedeckt und die Arbeiter haben alle Schutzanzüge an.**

Ebenso werden **die Platten in Tüten verpackt.** Ich kann es leider von meiner Sicht aus nicht fotografieren. Wenn ich nachmittags da vorbeigehe, haben die Leute schon Feierabend. **Ist das als Schuldeingeständnis zu verstehen?**

Mit freundlichen Grüßen

**K.K Witten**

#### Anmerkung der Redaktion:

Nach diesem Brief sind wir sofort zur Baustelle gefahren und konnten untenstehendes Bild machen. Die neu beauftragte Firma demontiert die Asbest-Platten mittels Hubsteiger, so können sie ohne Bruchgefahr zu Boden gebracht und fachgerecht verpackt werden, hoffentlich werden sie auch entsprechend entsorgt.

Das **Verhalten der Stadtverwaltung in Umweltfragen** beschrieben wir schon vor einigen Jahren:

**Ignorieren, Verschweigen, Vertuschen.**



Abriss der ehemaligen Wellershoff-Hallen in Stockum am Rosenthalring, Endphase. Ganz rechts der Hubsteiger, mit dessen Hilfe die Platten ohne Bruchgefahr abgenommen und abtransportiert werden können.

Eigenes Photo vom 25.1.2013



### STADTBÜCHEREI

Als langjähriger und ausgiebiger Nutzer der Wittener Stadtbücherei macht einen das große Diskutieren um einen jetzt wohl rechtlich doch nicht möglichen Bürgerentscheid zu ihrem Umzug schon sehr stutzig, wenn man gleichzeitig sieht, **wie sehr das reine Angebot an Medien schon zusammenschmolzen wurde und nicht mehr alle Räume zur Verfügung stehen.**

Man fühlt sich vielmehr an die heute leider auch in dieser Stadt schon verfolgte Taktik der regierenden Politik erinnert, Probleme vordergründig groß und breit diskutieren zu wollen, **um im Hintergrund bereits Fakten zu schaffen, die sogar zum Teil noch über das Diskutierte hinausgehen.**

So soll der Stadt vom Angebot zum Kauf des Gebäudes von ganzen 550.000 Euro aufgrund einer laufenden Hypothek nur ein klägliches Rest von 200.000 Euro übrig bleiben.

Dieser Preis scheint uns gerade auch mit Blick auf die hervorragende Lage alleine des Grundstückes als gerade zu hanebüchen, wird jedoch mit Sicherheit trotzdem bestimmt von unseren, um alles in der Welt um ihren ja selbst verbockten Haushalt bemühten Politikern **als Tropfen auf den glühenden Stein ihres Haushaltslochs benutzt.**

**R.S. Witten**

**Courage ist gut,  
aber Ausdauer  
ist besser**

**Theodor Fontane**

# STADTENTWICKLUNG – EIN BLICK AUF DIE ZUKUNFT WITTENS (4)

Von René Schlüter – Mitglied im Vorstand von AUF Witten

Zunächst ein kurzer Rückblick auf das im AUFbruch Nr. 4/2012 zuletzt geschriebene: Wir hatten das vorliegende Stadtentwicklungskonzept als sinnentleert bezeichnet, da eine ernsthafte Stadtentwicklung ohne die Bürger ganz einfach nicht zielführend sein kann. Dennoch wollen wir weiter verfolgen, zu welchen Schlüssen man im vorliegenden grundlagenberaubtem Konzept gelangt. Wir verließen die Betrachtung und Zusammenfassung des *Stadtentwicklungskonzept Unser Witten 2020* mit den von den städtischen Planern ausgearbeiteten *Leitlinien*.

## LEITLINIEN VON UNSER WITTEN 2020

Zum besseren Verständnis sind diese hier nochmals aufgeführt:

1. *Der traditionsreiche Industriestandort mit hohem Entwicklungspotenzial,*
2. *die grüne Stadt an der Ruhr,*
3. *Die soziale und gesunde Stadt. Eine lebenslange Perspektive,*
4. *Der attraktive Wohnstandort in zentraler Lage im mittleren Ruhrgebiet,*
5. *Die sport- und bewegungsfreudige Stadt,*
6. *Die Stadt der Kulturen und*
7. *Die individuelle und kompakte Einkaufsstadt.*

Die sehr im Bereich von Allgemeinplätzen gehaltene Spezifikation der einzelnen Leitlinien wird nun in Verbindung mit dem *räumlichen Leitbild* gebracht. Im Rahmen des räumlichen Leitbildes „*Eine starke Mitte und die Vielfalt lebenswerter Stadtteile*“ sollen die einzelnen erarbeiteten Leitlinien der Stadtentwicklung anhand von Karten zu z.B. Wittens Lage im Ruhrgebiet, Gewerbe und Siedlungsstrukturen, Zentren und Freiräumen und Verkehr in Verbindung zur räumlichen Entwicklung der Gesamtstadt Witten gesetzt werden.

Weiterführend werden nun noch durch Profile der einzelnen Wittener Stadtteile deren jeweiliger Charakter und ihre besonderen Merkmale und vorhandene Probleme skizziert. Hieraus wurden nun *Masterpläne mit Handlungsempfehlungen* für die jeweiligen Leitlinien entwickelt.



## „HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN“ ...

Die aufgeführten *Handlungsempfehlungen* beziehen sich auf:

*Wohnen, Wirtschaft und Wissenschaft, Freiraum, Einzelhandel, Soziales und gesunde Stadt, Verkehr und Mobilität, Stadtbaukultur, Tourismus und Sport.*

Wir beginnen auszugsweise mit einzelnen dieser Handlungsempfehlungen und setzen sie in Relation zur aktuellen Lage in Witten und unseren Ansichten als *AUF Witten*.

Zu Beginn der Handlungsempfehlung *Stadtverträglicher Verkehr und Mobilität* wird Mobilität als Grundlage der Entwicklung unserer Industriegesellschaft und eine funktionsfähige Verkehrsinfrastruktur als Voraussetzung für die Entwicklung einer Stadt bezeichnet.

Ebenso wird auf die Abstimmung von Verkehrsinfrastruktur und Siedlungsstruktur (Immissionen des motorisierten Verkehrs) hingewiesen.

Soweit so gut, doch schon als nächstes erfolgt ein mit den hohen Kosten für **Ausbau und Unterhalt des Straßennetzes und den Betrieb des öffentlichen Verkehrs begründeter Zwang zur Wirtschaftlichkeit aller Lösungen.**

Auch hier unsererseits noch kein Widerspruch, wenn als nächstes jedoch wieder gleich die **Berücksichtigung des städtischen Haushalts** genannt wird, ist es aber wirklich langsam zu viel.



Planung ins Blaue

Mathias Bozek-pixelio.de

## ...HAUSHALTSBEDINGT?

Besonders, wenn auch noch versucht wird, **anhand von immer weiter zusammengestrichenen Straßenbaumaßnahmen und damit Investitionen in den Verkehrsplanungen von 1966 über 1979 bis 1994**, eine historische Argumentationslinie für heute kaum noch mögliche Neuinvestitionen aufzubauen.

Im weiteren Verlauf werden immer noch sehr allgemeine Prognosen zum Verkehrsaufkommen gemacht und verkehrspolitische Ziele aufgestellt. Wirklich interessant wird es erst wieder unter dem Punkt Straßenverkehr.

Hier wird nämlich von einer Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Straßennetzes durch z.B. die Einrichtung von durchaus sinnvollen Kreisverkehren an mehreren Wittener Kreuzungen gesprochen. **Über den maroden Zustand der Straßen selbst wird jedoch kein Wort verloren.**

Wie sollen die Kreisverkehre aber zu einer Verbesserung führen, wenn gleichzeitig der immer noch schlechter werdende Zustand der Wittener Straßen ihre Leistungsfähigkeit weiter und weiter hemmt?

**Stattdessen nimmt man die Haushaltslage als Gegenargument, obwohl eine ordentliche Sanierung der Straßen diese erheblich verbessern könnte.**

Außerdem fällt auf, dass im Wittener Straßennetz auch von unseren Stadtentwicklungsplanern ein Schwachpunkt gesehen wird - nämlich eine fehlende Nord-Süd-Achse im Stadtteil Annen, deren Lösung man aber mit städtebaulichen und ...(Tusch!) finanziellen Gründen auf die Zukunft verschiebt bzw. ganz ad acta legt.

## FEHLENDER WEITBLICK

Als nächstes wird sich im vorliegenden Stadtentwicklungskonzept *Unser Witten 2020* mit dem sogenannten nicht-motorisiertem Verkehr und hier im Besonderen mit dem Radverkehr auseinander gesetzt. Es wird die Länge des Wittener Radwegenetzes aufgeführt und gerade auch die Wichtigkeit des Radindividual- und Freizeitverkehrs betont. Auch hier wird das Ziel einer weiteren Verbesserung ausgegeben.



Nadelöhr Bahnübergang Annen – was wurde da schon alles „geplant“!

**Analog zum Straßenverkehr fehlt auch hier jeder Blick für bestehende Probleme.** Fehlende Radwege an Hauptverkehrsstraßen werden gar nicht erwähnt, wie z.B. an Ardey-, Pferdebach-, Ruhr- und Dortmunder Straße. Auffällig auch die schlechte Radwegführung in vielen Straßenkreuzungsbereichen, besonders die Führung des Radverkehrs im neuen Busbahnhofbereich.

Die mit *Vier minus* aktuell schlechte Benotung des Radwegenetzes ist sicher kein Zeichen für eine gute Stadt- und Verkehrsplanung und damit auch nicht für ein gutes Stadtentwicklungskonzept.

Zur Verbesserung der Entwicklungschancen der Stadtteile Annen und Heven wurden nun übergreifende Verkehrskonzepte für die Stadtteilrahmenpläne ausgearbeitet. Als *Sonderschwerpunkte* wurden deshalb die *Bahnquerung Annen* und ein *funktionsgerechtes Straßennetz Heven* ausgearbeitet.

Aufgrund persönlicher Erfahrung zum Thema möchten wir uns nun mit der Bahnquerung Annen auseinandersetzen.

Dieser Bahnübergang ist eine der Hauptursachen für die großen Staus im Annener Zentrum, die mit der gegenwärtigen Schrankenschaltung der Deutschen Bahn noch verschärft wird. Das Problem soll mit einer neuen Straßenführung behoben werden, während die Deutsche Bahn verschont.

Im weiteren Verlauf wird dann jedoch wieder nur von der Vorbereitung von kurzfristigen Maßnahmen zur Milderung des Problems gesprochen. Mittel- und langfristig spricht man von unter anderem von einer Ostverbindung zur

Verkehrsentlastung oder sogar von einer Bahnunterführung in Verlängerung der Märkischen Straße.

Als Resümee wird auf eine Entscheidung erst in der Zukunft verwiesen und dieses Thema mit dem Satz beendet:

*"Bis dahin wird im Flächennutzungsplan die Stockumer Straße in ihrer heutigen Trassenführung als Hauptverkehrsstraße ausgewiesen."*

Der Bahnübergang in Annen ist nun wirklich kein ganz neuer Engpass für die Leistungsfähigkeit unseres Verkehrsnetzes. Interessanterweise dient nämlich eben jene Stockumer Straße mit ihrem Bahnübergang zur Zeit als Ersatz für eine fehlende Nord-Süd-Achse auch noch als Hauptverkehrsstraße.

**Im langfristigen Ansatz eines Stadtentwicklungskonzeptes würde man sich jedoch nicht nur Planungen sondern vor allem Lösungen für altbekannte Probleme wünschen.**

**Der Blick von Rat und Verwaltung scheint selbst bei so wichtigen (Zukunfts-)Themen wie der Stadtentwicklung nicht etwa auf die Lösung von Problemen oder gar Innovationen gerichtet, sondern vielmehr sogar hier nur auf die Milderung ihres Haushaltsdefizits.**

**Eine derartige Politik wird nicht die Probleme lösen, sondern verschärfen. Probleme kann man nicht mit der Denkweise lösen, mit der sie geschaffen wurden. Deshalb brauchen wir eine alternative Politik getreu unserem Motto: *Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern!***

## BETEILIGUNG DER STADTWERKE AM KOHLEKRAFTWERKNEUBAU LÜNEN FIASKO NOCH GRÖßER

Redaktion in Zusammenarbeit mit Thomas Matthée (BI Kontra-Kohle-Kraftwerk Lünen)

Nach einem Artikel der Ruhrnachrichten vom 31.08.2012 „Gesellschafter zahlen drauf“, ist der Verlust aus der Beteiligung am Kohlekraftwerksneubau in Lünen um so größer, je größer der Anteil eines Gesellschafters ist, und zwar über 21 Jahre! Das veranlasste Ratsmitglied Achim Czulwick (AUF Witten) Anfang November 2012 zur folgenden Anfrage an die Bürgermeisterin als Stadtoberhaupt und Aufsichtsratsvorsitzende der Stadtwerke:



### VIER FRAGEN

- *Wie hoch ist der Anteil der Stadtwerke Witten an dem TRIANEL-Kohlekraftwerk?*
- *Gibt es ähnlich den Stadtwerken Lünen bilanzielle Rückstellungen für zu erwartende Verluste und wie hoch sind diese?*
- *Wie sollen diese Rückstellungen, d.h. Verluste, gegenfinanziert werden?*
- *Welche Auswirkungen auf die Haushaltskonsolidierung werden erwartet, die ja mit Stadtwerke-Überschuss-Einnahmen rechnet?*

Auf diese eindeutigen Fragen hat die Bürgermeisterin bis heute nicht reagiert!

### KEINE ANTWORT IST AUCH EINE

Natürlich werden wir uns mit dieser Missachtung der Rechte von Ratsmit-

gliedern nicht abfinden.

Denn es geht ja nicht darum, die persönliche Neugier von Achim Czulwick zu befriedigen, sondern dieser hat mit seiner Kandidatur und Wahl durch Wittener Wähler die **Verpflichtung** übernommen, für **Transparenz** in allen die Wittener Einwohner betreffenden Angelegenheiten zu sorgen und aktiv für ihre Interessen einzutreten.

Es ist doch wohl unstrittig, dass die Versorgung mit kostengünstiger und gleichzeitig umweltgerechter Energie zu diesem Bereich gehört. Mit ihrem Verhalten dokumentiert die Bürgermeisterin, dass sie das anders sieht.

In der Vergangenheit wurden Fragen unseres Ratsmitglieds zur Geschäftspolitik der Stadtwerke mit der Begründung abgewimmelt, wegen der Rechtsform der GmbH hätte er als Ratsmitglied keine anderen Rechte als jeder andere Bürger auch – im Klartext keine! Die Geschäftsführung der Stadtwerke

unterliege ausschließlich der Kontrolle des Aufsichtsrates.

Nach unserer Erfahrung nickt der alles ab, was die Geschäftsleitung vorhat und sieht wohl seine Haupttätigkeit darin, kritische Nachfragen zu verhindern.

### FLENSBURGER BETEILIGUNG GEPLATZT

Bisher war das auch in Flensburg nicht anders, bis ein neuer Geschäftsführer ans Ruder kam, dem auffiel, dass eine Reihe von Beteiligungen der Flensburger Stadtwerke finanzielle Abenteuer ohne Limit darstellen.

Das hatte Konsequenzen, vor allem für die Beteiligung am TRIANEL-Kohlekraftwerk in Lünen, zu dem Anfang November die Bürgermeisterin von AUF Witten befragt worden war.

Am 3.1.2013 wurde bekannt, dass einer der 50 Gesellschafter des Kohlekraftwerks Lünen, die Flensburger Förde Energiegesellschaft (FFE), pleite gegangen sei, wobei die FFE den Flensburger Stadtwerken gehört.

In einer außerordentlichen Aufsichtsratssitzung im Dezember 2012 war für die Flensburger Stadtwerke beschlossen worden, „keine zusätzlichen Mittel in die FFE nachzuschießen, um das sich abzeichnende Insolvenzscenario abzuwenden“.

Letztendlicher Auslöser der Insolvenz der FFE sei die **Beteiligung am Trianel Kohlekraftwerk Lünen** sowie ein **Stromliefervertrag** mit diesem Kraftwerk:

„Aus diesen vertraglichen Regelungen kommen Verpflichtungen auf die FFE zu, die diese nicht mehr bedienen kann.“

Der Generator zur Stromerzeugung im Kohlekraftwerk Lünen ist schon in Betrieb, obwohl noch keine rechtskräftige Betriebsgenehmigung vorliegt



## EWIGE KOSTEN

Es ist für die Öffentlichkeit nicht uninteressant, dass auf diese Weise Details aus den TRIANEL-Verträgen zum Kohlekraftwerk Lünen zu Tage kommen, die ein kleines Licht darauf werfen, was eigentlich hier mit dem Geld der Gebührenzahler angestellt wird.

Die Gesellschafter, also auch die Stadtwerke Witten, haben sich vertraglich verpflichtet, **für zunächst 21 Jahre Strom zum Gestehungspreis abzunehmen, zuzüglich Zins und Tilgung.** Ist der aktuelle Marktpreis für Strom niedriger, zahlen die Gesellschafter des Kraftwerks drauf. **Im August 2012 hatte Trianel-Sprecher Elmar Thyen erklärt, man gehe für 2014 bereits von einer solchen Situation aus.** Es ist auch gar nicht absehbar, dass sich auf lange Sicht an dieser Situation etwas ändern wird, denn der **Gestehungspreis einer Neuanlage ist immer höher**, als der Marktpreis, den auch bereits abgeschriebene oder hochsubventionierte Altanlagen beeinflussen.

## WITTENER ANTEIL

Diese Kostenbelastung ist offensichtlich so hoch, dass die FFE aus Flensburg daran insolvent gegangen ist.

Dabei beträgt der Anteil der FFE am TRIANEL-Kraftwerk Lünen nur 2,1 Prozent. „*Es tut mir für die anderen Gesellschafter leid, dass sie unsere Belastungen nun wahrscheinlich mittragen müssen*“, sagte Maik Render, Geschäftsführer der Stadtwerke Flensburg.

Deshalb war die Frage an die Bürgermeisterin so wichtig, wie hoch der genaue Anteil der Stadtwerke Witten am Lünener TRIANEL-Kraftwerk ist.

Da sie nicht antwortet, bemühten wir die Geschäftsberichte, um annähernde Größenordnungen zu erhalten.

Der größte Anteilseigner mit insgesamt 25 Prozent ist die ewmr (Energie- und Wasserversorgung Mittleres Ruhrgebiet, Bochum), in der die Stadtwerke und Städte Bochum, Herne und Witten zusammengeschlossen sind.

Die Stadt Witten ist mit ihren Töchtern zu 15,2 Prozent beteiligt. Also in einer Größenordnung von über 3 Prozent, mehr als das Engagement der Pleite-FFE Flensburg.

Wie hoch sich dieser Anteil auf den schon vorhandenen Schuldenberg auswirkt, ist aber noch gar nicht absehbar.

## OHNE GENEHMIGUNG

Denn das Lünen Steinkohlekraftwerk gehört mit dem in Datteln zu den beiden, die aktuell keine Betriebsgenehmigung haben.

TRIANEL hatte am 02.12.2011 vom Oberverwaltungsgericht NRW den Vorbescheid laut Bundes-Immissionschutz-Gesetz (BImSchG) für sein Kraftwerk in Lünen entzogen bekommen, und die Revisions-Nichtzulassungsbeschwerde wurde vom Bundesverwaltungsgericht verworfen. Folglich musste TRIANEL ein neues BImSchG-Vorbescheidsverfahren beantragen.

**Dazu schreibt der Landesverband NRW des BUND:**

„Das umstrittene 750 Megawatt-Steinkohlekraftwerksprojekt im Lünener Stummhafen wird auch weiterhin nicht rechtskonform genehmigt werden können. Dieses Fazit zieht der nordrhein-westfälischen Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) als Ergebnis seiner insgesamt mehrere hundert Seiten starken Einwendungen gegenüber den neuen immissionsschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Genehmigungsanträgen der Trianel Kohlekraftwerk Lünen GmbH und Co. KG (TKL) und des Stadtbetriebes Abwasserbeseitigung Lünen AöR (SAL).

Auch der neue Anlauf, doch noch eine Genehmigung für das an diesem Standort hochproblematische Kraftwerk zu erhalten, ist ... zum Scheitern verurteilt.“

Thomas Matthée von der **Bürgerinitiative Kontra Kohlekraftwerk** stellt fest, dass die Beteiligungen der TRIANEL insgesamt sehr fragwürdig sind. So weist er darauf hin, dass die **Trianel Energie BV**, die niederländische Stromhandelstochter von Trianel, **ebenfalls Insolvenz angemeldet hat.**

Das **Trianel Gas- und Dampfkraftwerk (GuD)** in Hamm macht Verluste in zweistelliger Millionenhöhe.

Das Trianel-Abenteuer, in der Nordsee eine eigene Erdölförderung aufzubauen, wurden mittlerweile beendet.

Es wäre fast ein Wunder, wenn die Beteiligung am Windpark in Borkum ohne Komplikationen ablaufen würde.

Bei all diesen Beteiligungen haben die Stadtwerke bisher das Licht der Öffentlichkeit gescheut, dafür aber medienwirksam ihre angeblich ökologisch ausgerichtete Investitionstätigkeit hervorgehoben. Schaut man genauer hin, sieht die Wirklichkeit doch anders aus, von der traurigen Rolle des Aufsichtsrates unter Führung der Bürgermeisterin ganz zu schweigen.

Unsere Forderung steht nach wie vor:

**Volle Transparenz über die Geschäftspolitik und Preisgestaltung der Stadtwerke sowie Rechenschaftslegung der Bürgermeisterin über ihre Tätigkeit im Aufsichtsrat der Stadtwerke!**



Die obige Grafik der BI-Kontra-Kohlekraftwerk Lünen zeigt die hohe Belastung der Region

# INTERNATIONALER FRAUENTAG

Gastbeitrag der Frauengruppe Courage e.V., Ortsgruppe Witten

Am 8. März wird weltweit der internationale Frauentag begangen. Die kämpferische Frauenbewegung, zu der auch der Frauenverband Courage e.V. gehört, schaffte es in den letzten Jahren immer besser, Grenzen zwischen den verschiedenen aktiven Frauen zu überwinden und einen Bogen zu schlagen von „Religion bis Revolution“, wie eine Dokumentation zum letztjährigen, 10. frauenpolitischen Ratschlag betitelt ist.

Das ist die besondere Stärke dieser neu erstarkten Bewegung, dass sie das Trennende beiseite schieben kann, indem sie das Gemeinsame betont. Wie nachfolgende Beiträge zeigen, ist auf dem Gebiet der Unterdrückung der Frau noch viel zu tun.

AUF Witten hat auf seiner Jahreshauptversammlung am 27. Januar an das Finanzamt Wuppertal eine Protestnote verabschiedet. Diese Behörde will Courage e.V. allein aufgrund seiner Nennung im Verfassungsschutzbericht NRW die Gemeinnützigkeit entziehen. Damit melden sowohl Finanzamt wie Verfassungsschutz NRW Zensurrechte und Herrschaftsansprüche wie im Mittelalter an, die ihnen keineswegs zustehen. Näheres auf der Homepage [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de)



## „HERDPRÄMIE“

Das von Familienministerin Kristina Schröder geplante Betreuungsgeld – zu Recht „Herdprämie“ genannt – schlägt immer höhere Wellen.

Es bedeutet dass Eltern, die ihre 2-jährigen Kinder nicht in einer öffentlichen KITA betreuen lassen, von Januar 2013 an 100 Euro monatlich erhalten. 2014 soll die Leistung auf 150 Euro erhöht und auf Kinder mit 3 Jahren ausgeweitet werden. ... *„jeder soll sich die Erziehung aussuchen können, die er sich wünscht“* (Kristina Schröder)

Für 2013 sind für das Betreuungsgeld 400 Millionen Euro veranschlagt, für 2014 sollen es 1,2 Milliarden sein! Auf der anderen Seite fehlen laut Berechnungen des Deutschen Jugendinstituts mindestens 260.000 Betreuungsplätze für Kinder unter 3 Jahren, auf die Eltern ab 1. August 2013 jedoch einen gesetzlichen Anspruch haben und die dringend gebraucht werden.

Da sieht es mit der sogenannten



Wahlfreiheit ganz schlecht aus, wenn wir als Frauen arbeiten wollen und müssen und keinen Betreuungsplatz für unsere Kinder haben.

Besonders empörend ist es, dass Hartz-IV-Betroffene das Betreuungsgeld angerechnet bekämen und somit wieder ausgeschlossen wären. ...

Frau Schröder gedachte mit dieser „Herdprämie“ wahrscheinlich mehrere Fliegen mit einer Klappe zu schlagen.

Erstens sollten wohl konservative Wählerschichten für die CDU/CSU angesprochen werden. ... Vielleicht hofft sie auch, dass die drohende Klage durch den gesetzlichen Anspruch auf die fehlenden KITA-Betreuungsplätze für unter 3-jährige nächstes Jahr abgemildert werden kann. Und drittens will sie weiterhin ihr rückständiges Familienbild mit dieser Pseudo-Wahlfreiheit festigen.

Wissenschaftler warnen eindringlich vor dem Betreuungsgeld bzw. davor, wenn Kinder überwiegend nur zuhause, statt mit Gleichaltrigen zusammen sind.

Die Förderung aller Kinder durch den mehrjährigen Besuch einer KITA ist eine wichtige Voraussetzung, um frühzeitig herkunftsbedingte Unterschiede abzubauen. Kinder lernen in größeren Gemeinschaften viel mehr und können ihre sozialen Fähigkeiten besser entwickeln. Genau das wollen wir!

Wir Courage-Frauen lehnen das Betreuungsgeld entschieden ab. Courage fordert den sofortigen Ausbau von qualifizierten und kostenlosen Betreu-

ungsplätzen für die Kleinen, mehr Personal in KITAs sowie mehr Anerkennung und bessere Bezahlung für die Frauen und Männer, die diese verantwortungsvolle Tätigkeit ausüben. **Denn schließlich sind die Kinder unsere Zukunft!**

## GEWALT AN FRAUEN

Weltweit wird die Gewalt an Frauen und Mädchen, aber auch der alltägliche Sexismus immer offensichtlicher.

Die brutale Vergewaltigung der Studentin in Indien, der Mord an den kurdischen Freiheitskämpferinnen in Paris und der erschütternde Vorgang in Köln, dass eine 25-jährige Frau nach dem traumatischen Erlebnis der Vergewaltigung statt sofortiger Hilfe von zwei katholischen Kliniken abgewiesen wurde.

Aber weltweit wächst auch die Empörung und der Widerstand gegen Gewalt an Frauen. In Deutschland ist nach dem Aufdecken der „Entgleisungen“ von Brüderle eine heftige Debatte um den alltäglichen Sexismus entstanden, in den sich gerade auch die jungen Frauen einmischen. ...

Jede 3. Frau weltweit erfährt in ihrem Leben Gewalt. 1 Milliarde Frauen sind betroffen. Die feministische Künstlerin Eve Ensler rief die Aktion „One Billion Rising“ ins Leben als direkte Reaktion auf die Äußerung eines US-Politikers über „legitimate rape“ (rechtmäßige Vergewaltigung)...

Nebenstehendes Bild „Sehnsucht nach Freiheit“ stammt von einer in Witten lebenden Iranerin

## Vortrag und Diskussion mit der Gewässerökologin Frau Dr. Margot Franken

# WASSER IST LEBEN UND WIE WIR DAMIT UMGEHEN

Freitag, 19.4. 2013 um 19 Uhr  
Aula des Ruhrgymnasiums Witten, Synagogenstraße 1



### *Unsere Wasser- Versorgung funktioniert:*

Wir öffnen den Wasserhahn und schon fließt reines, gesundes Wasser für alle Zwecke – zum Trinken, Kochen, Waschen, Putzen, Toiletten-spülen ...

### *Halt! Brauchen wir das ei- gentlich?*

Reines, hochwertig aufbereitetes Trinkwasser für die Toilette? Zum Putzen?

### *Unsere Wasser- Entsorgung funktioniert auch:*

Wir drücken auf den Knopf der Toilette, wir ziehen den Stöpsel in der Badewanne und schon ver-

schwindet das Schmutzwasser unter der Erde, gut vermischt mit reinem Trinkwasser. Eine Brühe, mit der niemand mehr etwas zu tun haben möchte.

**Aber wo geht das alles hin? Und wie teuer ist das? Unsere Wasser- und auch unsere Abwassergebühren steigen ständig.**

### *Siedlungs- Wasserwirtschaft*

Unsere Siedlungswasserwirtschaft ist zentralisiert, genormt, funktioniert, und diese Art des Wassermanagements hat sich seit dem 19. Jahrhundert von England aus zunächst in Europa, dann weltweit verbreitet.

Wir machen uns viel zuwenig Gedanken darüber, woher das gute Trinkwasser kommt und wie das

Abwasser wieder gereinigt wird. Dafür haben wir ja die Kläranlagen.

**Doch welche Folgen hat das für die Flüsse, für den Grundwasserstand, für die natürlichen Wasserkreisläufe? Und welche Auswirkungen hat das in Ländern, die weniger Wasser zur Verfügung haben als wir in Mitteleuropa?**

### *Gibt es vielleicht andere Möglichkeiten, andere Systeme?*

Systeme, die den natürlichen Kreisläufen besser angepasst sind? Die eventuell auch dem Klimawandel entgegenwirken?

**Es gibt sie, doch dazu müssen wir umdenken.**

**Frau Dr. Franken möchte Ihnen diese Möglichkeiten vorstellen, anhand von vielen Beispielen aus Deutschland und anderen Ländern.**

Frau Dr. Franken hat sich jahrzehntelang mit der Frage des **dezentralen Wassermanagements** beschäftigt und damit, wie die lokalen Wasserkreisläufe geschlossen werden können.

Wir freuen uns auf einen interessanten Vortrag und einen lebhaften Gedankenaustausch. In jeder Frage, aber besonders beim Lebensraum Wasser, sollte vorausschauend geplant werden und nicht erst, wenn es zu spät ist.



Pflanzenkläranlage und Teich mit Wasserumwälzung durch Sonnenenergie für die Max-Schmeling-Halle am Prenzlauer Berg, Berlin

# KEINE VERHANDLUNGEN MIT ERPRESSERN!

von Achim Czulwick – Ratsmitglied (AUF Witten)

Provokativ drohte Opelchef Steve Girsky in einem Brief vom 21. Januar 2013 an alle Opelbelegschaften in Deutschland: entweder sie verzichten auf 30 Prozent Lohn oder das Bochumer Werk wird von GM bereits 2014 geschlossen. Nicht nur der Streik im Dezember 2012, auch die Info-Veranstaltungen der Bochumer Früh- und Mittagsschicht am 1. Februar brachten mit ihrer Resolution unmissverständlich zum Ausdruck:

„Keine Chance für die Erpresser – Wir bleiben bei unseren Forderungen“

Das war auch an den Vorstand der IG-Metall gerichtet. Dieser und die Betriebsräte der übrigen Opelstandorte wollen sich aber der Erpressung beugen. Diese Co-Manager wollen Bochum opfern, um die Illusion zu schüren, dann sei Opel sicher. Das einzige sichere ist, dass so den Kollegen in den Rücken gefallen wird. Statt gemeinsamem Kampf werden die Belegschaften gegeneinander ausgespielt.

2004 erreichten die Opelaner in Bochum mit ihrem selbständigen 7-Tage-Streik, dass es die Auto-Produktion in Bochum in dieser Form überhaupt noch gibt.

Die Konkurrenz um den enger werdenden Automarkt erhöht die Wirkung solcher Gegenmaßnahmen. Aber so ein Kampf will gut vorbereitet sein.

**Wir brauchen ein solches Signal!** Auch angesichts von Entlassungen und Kurzarbeit beim Edelstahlwerk oder Bosch-Rexroth. Insgesamt sind 2013 laut „Creditreform“ 350.000 Entlassungen geplant!

AUF Witten sieht sich als überparteiliches kommunalpolitisches Bündnis und getreu unserem Motto „Um uns selbst müssen wir uns selber kümmern“ zur unverbrüchlichen Solidarität herausfordert.



**Auch wir verhandeln nicht mit Erpressern.** Wir kennen diese Methoden. Bei jedem Haushaltsentwurf wird erpresst: Entweder Zustimmung zur weiteren Umverteilung von unten nach oben oder es kommt noch schlimmer.

**Wer Erpressern nachgibt, folgt der Politik, Existenzen von Familien um des Profits willen zu zerstören,** der Politik, Schulen zu schließen und Kinderspielplätze zu vermarkten, **um die Banken mit kommunalen Geldern zu bedienen.**

Für uns von AUF Witten ist deshalb klar, die Kollegen von Opel in jeder Hinsicht zu unterstützen.

## 8 Gründe, warum Sie bei AUF Witten Mitglied werden sollten!

**Weil** es mit dem Wahlbündnis *AUF Witten* eine Alternative gibt in der Kommunalpolitik.

**Weil** man als Mitglied die kämpferische Opposition sichtbar stärkt.

**Weil** nur etwas ändern kann, wer selbst aktiv wird.

**Weil** Sie mit *AUF Witten* etwas bewegen können und *AUF* mit Rat und Tat den Bürgern zur Seite steht.

**Weil** Sie mithelfen, dass die alternative Politik von *AUF Witten* nicht mehr totgeschwiegen werden kann.

**Weil** es bei *AUF Witten* spannend und lehrreich ist.

**Weil** es bei *AUF Witten* um Solidarität geht und nicht um Polit-Karriere.

**Weil** der Mitgliedsbeitrag so gering ist, dass niemand deshalb darauf verzichten muss.

## Termine zum Mitmachen, wir sehen uns!

- So. 3. März *Fest der Solidarität* der Opelbelegschaft Rathausplatz Bochum
- 8. März Internationaler Frauentag
- Sa. 9. März 13 h Fukushima Jahrestag vor Urananreicherungsanlage GRONAU
- Mo. 1. April Ostermarsch von Bochum-Werne nach Dortmund
- Fr, 19. April 19 h „Wasser ist Leben“, Vortrag u. Diskussion mit der Gewässerökologin Frau Dr. Franke, Aula Ruhrgynasium, Synagogenstr. 1, Witten

**Impressum: presserechtlich verantwortlich sowie Informationen zur Arbeit von AUF Witten:**

Romeo Frey • Bebbelsdorf 43 • 58454 Witten ☎ 02302 / 81953 • eMail [info@auf-witten.de](mailto:info@auf-witten.de)

Spendenkonto: Nr. 665 224 • Sparkasse Witten • BLZ 452 500 35

Besuchen Sie uns auch im Internet unter: [www.auf-witten.de](http://www.auf-witten.de)